

# Bürgerhaushalt 2006

## Liste der Bürgerinnen und Bürger

Es konnten folgende Voten zu den aufgelisteten Bürgervorschlägen abgegeben werden:

- **Prüfauftrag**            Der Vorschlag soll durch einen Prüfauftrag an die Verwaltung auf seine Durchführbarkeit hin untersucht werden.
- **Kenntnisnahme**        Der Vorschlag wird als allgemeiner Bürgerhinweis zur Kenntnis genommen.
- **Ablehnung**             Der Vorschlag wird abgelehnt.
- **Umsetzung durch  
Verwaltung**            Der Vorschlag wird durch die Verwaltung umgesetzt bzw. die Umsetzbarkeit wird geprüft

In den Sitzungen der Fachausschüsse wurden folgende Voten abgegeben:

09.02.06	Ausschuss für Kultur:	Einzelvoten (siehe Liste)
17.01.06	Ausschuss für Gesundheit und Soziales:	Liste wurde zur Kenntnis genommen
17.01.06	Ausschuss für Stadtplanung und Bauen:	Liste wurde zur Kenntnis genommen
18.01.06	Ausschuss für Bildung und Sport:	Liste wurde zur Kenntnis genommen
19.01.06	Ausschuss für Ordnung und Umweltschutz:	Liste wurde zur Kenntnis genommen
23.02.06	Jugendhilfeausschuss:	kein Votum
	Fraktion der SPD	Einzelvoten (siehe Liste)

## 1. Bürgerversammlung 18. Oktober 2005 - Sparschweinvorschläge

### 1.1 Was ist für Sie in der Landeshauptstadt Potsdam besonders wichtig ?

Nr.	Vorschlag	Votum				
		Verwaltung		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06	Finanz- ausschuss 22.03.06
1.1.1	Erhalt der Versorgung (Wasser, Strom, Gas, Abfallentsorgung) durch städt. Betrieb	Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt durch die Stadtwerke Potsdam GmbH und ihre Tochterunternehmen EWP (Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser), ViP (Öffentlicher Nahverkehr) und STEP (Straßenreinigung und Abfallbeseitigung). Die Leistungserbringung durch diese Unternehmen ist über mehrjährige Verträge abgesichert.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.2	Kulturelle Vielfalt	Sicherung der kulturellen Vielfalt über Förderung und Steuerung der Genrevielfalt und Standortausgewogenheit	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
1.1.3	Bürgerbeteiligung bereits bei Planung des Haushaltes Einheit von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt	Mit der Umsetzung und Verbesserung des Konzeptes für den Bürgerhaushalt in Potsdam wird die Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsplanung erprobt und eingeführt. Konzeptionell wird auch die Darstellung des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts verbessert werden, wobei sich mit dem doppelten Haushalt ab 2007 Änderungen in der Darstellungsform ergeben werden.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		

1.1.4	Soziale Infrastruktur, kulturelle Vielfalt, funktionierender ÖPNV, soziale Durchmischung in Wohngebieten; Bildung und Wissenschaft	siehe Antwort zu 2.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
1.1.5	Erschließung von Synergien zwischen dem Bereich Bildung und den Museen	VHS: Nutzung im Rahmen des Kurses zur Gästeführerqualifikation Kultur: Kooperationen mit höheren Klassenstufen und mit Universität Potsdam	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
1.1.6	„Messen“ der mittel- und langfristigen Auswirkungen von Entscheidungen. FHS, Uni, etc.	Das „Messen“ bzw. bewerten von politisch-gesellschaftlichen Entscheidungen ist aufgrund einer sehr schweren Objektivierbarkeit für Kategorien wie „gut“ , „schlecht“, „erfolgreich“ eine große Herausforderung an die Landeshauptstadt. Unabhängig von Beurteilungen durch politische Parteien und Gruppierungen versucht die LHP verstärkt mit messbaren Zielvereinbarungen innerhalb ihrer eigenen Organisation zu arbeiten. Dabei nutzt sie auch die Unterstützung der Forschungseinrichtungen vor Ort. Um Verwaltungshandeln den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber transparenter „abrechenbarer“ zu machen will die LHP diese Instrumente intensiver einsetzen. Sie helfen auch dem Dienstleister Stadt und seinen Bediensteten, für sich selbst Erfolg zu „messen“, Misserfolg rechtzeitig zu erkennen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		
1.1.7	Verkehrsmaßnahmen, die die Stadtmitte entlasten; P + R, Havelspange, etc.	Großräumige Verkehrsführung durch Neuordnung der Bundesstraßen wird/ist Bestandteil des VEP, ebenso wie die Anordnung verkehrsentlastender P+R-Plätze.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme Prüfauftrag	Nach kurzer Diskussion wird der Antrag „haushaltsrelevante Maßnahme für 2006 mit 3/5/0 <b>abgelehnt.</b> Festgehalten	

					wird, dass diese Pos. als <b>Prüfauftrag bestehen bleibt</b>	
1.1.8	Die maßgebliche Beteiligung/Berücksichtigung bei der Planung des Spassbades	Das Pro und Contra bezüglich der zwischenzeitlich notwendigen Überarbeitung der Planung und Notwendigkeit des Freizeitbades wird in der Öffentlichkeit derzeit umfänglich diskutiert und erörtert.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.9	Gemeinsinn, Identität mit der Stadt	Durch Aktionen wie die Themenjahre, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in große Wettbewerbe wie Entente Florale und das ehrgeizige der Bürgerkommune arbeitet die LHP intensiv an der Förderung des Gemeinsinns und damit auch einer erhöhten Identität mit der Stadt als Lebensraum. Es ist zentrales Ziel des Oberbürgermeister gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger die Stadt zu gestalten.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.10	Ausgewogenheit und hinreichende Kenntnis an Entscheidungsalternativen/ Auswirkung bei Mitwirkenden	Um wissensbasierte Entscheidungen treffen zu können bzw. sich eine eigene Meinung zu bilden ist es notwendig Alternativen zu kennen. Die LHP versucht bei den Vorlagen für die Stadtverordneten – die öffentlich den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen – diesen Abwägungsprozess darzustellen. Dies gelingt noch nicht in der angestrebten Form und Inhalt. Es erscheint vor allem wichtig zu sein, diese Alternativen in die Bevölkerung zu transportieren. Dazu können moderne Medien einen großen Beitrag leisten. Ohne die Mithilfe der örtlichen Presse und einem Stück Eigenengagement ist das Ziel aber nicht zu erreichen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		
1.1.11	Langfristige Sicherung der freiwilligen Leistungen. Bundesweites Beispiel: Bürgerstiftung – Verlagerung auf gemeinsames Handeln der Stadt und den Mäzen > Bürgerschaftliches Engagement	Die Definition dessen, was man als Daseinsvorsorge innerhalb einer Kommune oder auch ganz allgemein gesprochen innerhalb einer Gesellschaft versteht ist ein Prozess, der regelmäßig neu ausgehandelt werden muss. Die Entwicklung ist dabei in einigen Bereichen sehr schnell. So zeigt sich heute ein anderes Verständnis dafür was Daseinsvorsorge bedeutet als noch vor 10, 15 Jahren. Das bedeutet aus Sicht der LHP, dass schon bei der Frage der Definition „freiwillige Leistung“ kein allgemeingültige Beschreibung angesetzt werden darf. Allerdings sind solche Neudefinitionen häufig nicht in der Hand der einzelnen Kommune. Sie wird nicht selten mit einer Neudefinition von „freiwilliger Leistung“ konfrontiert, die sie zum	Prüfauftrag	SPD: Prüfauftrag		

		schnellen Umschalten zwingt. Um sich von diesem unsicheren Terrain ein wenig unabhängig zu machen versucht die LHP durch die Projekte Sozialraumorientierung, Bürgerkommune und Bürgerhaushalt mit den Bürgerinnen und Bürger entsprechende Instrumente zu entwickeln. Dazu kann eine Bürgerstiftung sehr gut gehören.				
1.1.12	Bildungseinrichtungen	VHS: Bestätigung des Bildungsauftrages	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.13	Soziale + kulturelle Infrastruktur	siehe Antwort zu 2.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
1.1.14	Lebensqualität	Die Lebensqualität in der LHP wird insgesamt als hoch eingeschätzt. Ein nicht unwesentlicher Indikator ist der kontinuierliche Zuzug von Menschen aber auch die erhöhte Geburtenrate. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger konstant hoch zu halten und dort zu verbessern wo Lücken bestehen ist wesentlicher Programmteil nachhaltigen Arbeitens und Wirkens der Verwaltung. Wo immer die Bürgerinnen und Bürger dazu konkret Anregungen geben können bzw. dazu beitragen wollen sind sie herzlich eingeladen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.15	Geistige Offenheit	Die LHP ist in ihrer historischen Entwicklung bis heute ein Ergebnis von Zuwanderung und Multikulturalität. Es gehört sozusagen zum Urcharakter dieser Stadt, durch geistige Offenheit Lebensort für Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, Ausbildung, Rasse und Religion zu sein. Die geistige Offenheit ist allerdings keine Selbstverständlichkeit sondern erfordert Rahmenbedingungen und muss auch im alltäglichen Dasein erarbeitet, ja manchmal erkämpft werden. Eine Dienstleistungs-, Wissenschafts- und Tourismusstadt muss geistige Offenheit auf hohem Niveau bieten.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		

1.1.16	Steigerung der Einnahmen durch Einsatz der Autorad – Kralle bei Schulden aller Art (Bußgeld, ausstehender Unterhalt, Steuern, Gebühren)	Vor jeder Vollstreckungshandlung erfolgt die Überprüfung der Vollziehungsbeamten, ob der Schuldner KfZ-Halter ist. Verweigert der Schuldner die Begleichung der offenen Forderung, erfolgt die Pfändung des KfZ durch Anlegen des Ventilwächters, im Einzelfall noch durch Einsatz einer Parkkralle. Zusätzliche Ventilwächter werden derzeit beschafft.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Umsetzung durch Verwaltung	Pos. wurde durch Herrn Schubert angesprochen . Maßnahme befindet sich <b>in der Umsetzung</b>	
1.1.17	Beibehaltung der Förderung der Freien Träger im sozialen Bereich	Wird durch die Verwaltung befürwortet: 2006 Beibehaltung der Fördersummen, wie in 2005.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme	Pos. wurde durch Herrn Kaminski angesprochen . <b>Herr Exner bestätigt den Betrag.</b> Einer <b>Aufstockung</b> gemäß PDS-Antrag zum Haushalt 2006 <b>wurde nicht zugestimmt.</b> Abstimmung: 3/5/0	
1.1.18	Jugendliche von der Straße zu holen	Wird durch die Verwaltung befürwortet. Der Jugendförderplan 2006/2009 sichert mittelfristig das im Landesvergleich sehr gute Angebot an Straßensozialarbeit. Sechs Fachkräfte, u. a. ein russisch-sprachiger Sozialarbeiter, suchen in der ganzen Stadt Gruppen auf, die sonstige Angebote der Jugendhilfe nicht annehmen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
1.1.19	Gesicherte finanzielle Mittel für Kinder + Jugendliche + Behinderte	Wird durch die Verwaltung befürwortet: die finanziellen Mittel sind im Rahmen der bestehenden Gesetze gesichert.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		

1.1.20	Sauberkeit, Umweltschutz	Neben der Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt ist hier auch die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger notwendig.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
--------	-----------------------------	---	----------------------------------	-----------------------	--	--

## 1.2 Auf was würden Sie dafür am ehesten verzichten?

Nr.	Vorschlag	Votum Verwaltung		Fachaus-	Finanz-	Finanz-
				schafts-	ausschuss	ausschuss
				Fraktion	18.01.06	22.03.06
1.2.1	Aufsteller für Werbung nicht genehmigen	Die Genehmigung von Aufstellern für Werbung richtet sich neben dem allgemeinen Straßenwegerecht in der Stadt Potsdam insbesondere ortsrechtlich nach der Werbesatzung vom 22.08.1996. Hiernach werden je nach Gebietstypus (reines Wohngebiet-Zone I; allgemeines Wohngebiet – Zone II; historische Stadtgebiete -Zone III; sonstige andere besonders schützenswerte Gebiete – Zone IV) unterschiedlich hohe Anforderungen an die Zulässigkeit derartiger Werbeaufsteller gestellt, die von der Stadtverwaltung im Einzelfall zu prüfen sind. Eine generelle Ablehnung derartiger Werbeaufsteller im Stadtgebiet von Potsdam ist nach den geltenden rechtlichen Regelungen nicht möglich.	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Die Fraktion der SPD folgt dem Votum der Verwaltung, <b>Ablehnung</b> . Diese wurde durch die Ausschussmitglieder wie folgt abgestimmt: 3/2/3	
1.2.2	Der <u>kulturelle</u> Zuschuss für den Volkspark/BUGA-Park ist (im Vergleich) absurd hoch. Dort findet viel Unsinn statt, der noch dazu oft teuer und wenig nachgefragt ist. So richtig sinnvoll erscheinen lediglich die Kulturcamper, die Feuerwerksgeschichten und das Familienorientierte. Eine Kürzung der Zuschüsse auf die Hälfte scheint ohne Qualitätsverlust	Der Zuschuss für den Volkspark und des Lustgartens umfasst alle Aufwendungen zur Bewirtschaftung der beiden Grünanlagen. Neben einem Anteil von ca. 13 % der Gesamtaufwendungen für die Durchführung von Veranstaltungen werden ca. 60 % der Mittel für Pflege, Instandhaltung, Reinigung und Bewachung der Anlagen sowie für laufende Betriebskosten aufgewendet, um die Substanz der Grünanlagen nachhaltig zu sichern. Darüber hinaus sind die erforderlich Organisations- und Koordinierungsmaßnahmen sowie die Bewerbung der Anlagen durch den Zuschuss gedeckt.  Von daher beschränkt sich der Zuschuss nicht auf „kulturelle/veranstaltungsbezogene“ Zwecke, sondern dient zur Kostendeckung aller Aufgaben im Zuge der Grünanlagenbewirtschaftung. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass sich die Aufwendungen für die Großveranstaltungen	Ablehnung	SPD: Ablehnung  Kulturausschuss Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	



	möglich.	<p>weitgehend durch Erhebung von veranstaltungsbezogenen Eintrittsgeldern refinanzieren. Mit weit mehr als 60.000 Veranstaltungsbesuchern wird das Volksparkprogramm außerordentlich gut angenommen.</p> <p>Der Zuschuss zur Bewirtschaftung der Anlagen wurde von 2,65 Mio. Euro im Bewirtschaftungsjahr 2002 sukzessive auf 1,6 Mio. Euro für das Bewirtschaftungsjahr 2006 reduziert</p> <p>Die weitere Kürzung für den Volkspark wird die Nachhaltigkeit der BUGA-Maßnahmen gefährden und damit ein Risiko etwaiger Fördermittelrückzahlungen darstellen.</p>				
1.2.3	Prestigegebäude wie Spaßbad und Schloss	<p><b>Stadtschloss:</b> Eingedenk bereits gefasster Beschlüsse zur Potsdamer Mitte (Grundsatzbeschluss vom <u>24.10.1990</u> und konkretisierender Beschlüsse wie u.a. 95/02931/1, 97/0494/1, 99/0782, 00/0278/1, 01/0664, 01/0751) sowie angesichts der Fertigstellung des Fortunaportals und des Beginns der Arbeiten zur Freilegung des gesamten Grundstückes des ehemaligen Stadtschlusses hat sich die Stadtverordnetenversammlung nachdrücklich zur Wiedergewinnung der historischen Mitte der Stadt als eine Aufgabe hoher Priorität für die heutige Generation bekannt.</p> <p>Ebenso hat der Landtag in einem Jahre andauernden Entscheidungsprozeß, in dem zehn Standorte zur Diskussion standen, im Mai dieses Jahres beschlossen, den Neubau des Landtages am dem Alten Markt auf dem Stadtschlossgrundstück der Landeshauptstadt Potsdam zu realisieren.</p> <p>Die vorliegenden Beschlüsse auf Stadt- und Landesebene müssen akzeptiert werden. Es gibt keine Veranlassung erneut über Alternativen nachzudenken.</p> <p>Gegenwärtig sind wir endgültig und eindeutig in der Realisierungsphase angekommen. Alle Anstrengungen müssen jetzt auf die Umsetzung der geplanten Maßnahmen konzentriert werden.</p>	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	

		<p>Die Bauarbeiten am Hotel Mercure haben bereits begonnen und sind vertraglich gebunden. Die Finanzierung dieser Maßnahme ist durch den Zuwendungsbescheid aus dem Brachflächenprogramm gesichert. Die Maßnahme ist zur Verkehrsneuordnung in der Potsdamer Mitte und der Baufeldfreimachung für den Landtagsneubau sowie das Havelufer erforderlich und bereits geplant.</p> <p>Die Planung der Verkehrsneuordnung basiert auf Fachgutachten, die die Machbarkeit der geplanten Neuordnung bestätigt.</p> <p><u>Spaßbad:</u> Die grundsätzliche Notwendigkeit eines Freizeitbades in Potsdam wird auf der Grundlage des Bädergutachtens des Landes Brandenburg bestätigt und von den Stadtverordneten mehrheitlich (unabhängig von der aktuellen Diskussion zu den Kosten und zur Überarbeitung des Entwurfs) unterstützt.</p>				
1.2.4	Stadtschloss, historische Mitte, Garnisonkirche und ähnlicher Preußenkitsch	Sanierungsgebiet Historische Mitte: Spareffekt bei den eingesetzten Eigenmitteln gering gegenüber dem Verlust an Mitteln von EU, Bund, Land und Privaten, die der Sanierungsmassnahme zufließen. Daraus werden auch die Sanierung des Alten Rathauses und der Nikolaikirche finanziert. Neubau der Garnisonkirche wird nicht aus städtischen Mitteln finanziert. (Grundsätzlich sind Baumaßnahmen in Sanierungsgebieten Aufgabe der Eigentümer.)	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	
1.2.6	Zu hoher Einfluss zu großer Namen	Dieser Einschätzung können wir nicht folgen. Die Tatsache, dass das herausragende Engagement einige Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt aufgrund ihrer Bekanntheit von der örtlichen Presse intensiver wahrgenommen wird liegt nicht im Einflussbereich der LHP. Wir unterstellen, dass die wesentlichen Entscheidungen und Wegmarken dieser Stadt von den politisch gewählten Stadtverordneten und dem Oberbürgermeister bestimmt werden. Diese wiederum bewegen sich in einem bunten, gut organisierten	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		

		Kräfteparallelogramm zivilgesellschaftlichem Engagement. Die vielen Bürgerinnen und Bürger auf zu zählen, die zentralen Einfluss auf das Leben in der Stadt haben ist schon aufgrund der Quantität unmöglich. Einige versucht der Oberbürgermeister durch die Ehrung des Ehrenamtes jährlich in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.				
1.2.7	(Steuerliche) Privilegien für die Einwohner von Golm und Ex-Amt Fahrland	Bundes- und Landesgesetzgebung sowie die Eingemeindungsverträge geben die Möglichkeiten vor und sind bindend.	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Herr Schubert erklärt im Namen der Fraktion <b>Ablehnung</b>	
1.2.9	Schwimmbad und der Betrieb davon (Kosten) bei so vielen Seen	Vorhaltung der Schwimmbäder ist notwendig: - Absicherung Schulschwimmen - Vereinsschwimmen und öffentl. Schwimmen im Rahmen der Daseinsvorsorge auch im Winter erforderlich	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Herr Schubert erklärt im Namen der Fraktion <b>Ablehnung.</b> Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 5/0/3	
1.2.10	Luxus (unproduktiver Art), bevor Konsolidierung	Luxus ist ein sehr subjektiver Begriff. Um auf diese Aussage eingehen zu können müsste man genau bestimmen können was gemeint ist. Ein Votum darüber abzugeben bewegt sich zu weit im Bereich des Spekulativen.	Kenntnisnahme	SPD: Kenntnisnahme		
1.2.11	teilweise Finanzierung durch Sparszuschüsse der einzelnen Träger > Grund: langfristige eigene Sicherung	Der Vorschlag ist unklar formuliert. Die Träger erhalten Zuwendungen, deren Verwendung im Rahmen der einzureichenden Verwendungsnachweise durch die Verwaltung überprüft werden. Förderung grundsätzlich nur in der tatsächlich benötigten Höhe (Nachrangigkeitsprinzip).	Ablehnung	SPD: Ablehnung Kulturausschuss Zustimmung i.s.d. Verwaltungsvotums	Her Schubert erklärt im Namen der Fraktion <b>Ablehnung.</b> Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt	

					abgestimmt: 5/0/3	
1.2.12	Auf ein neues Spaßbad	Siehe Antwort zu 3.		Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	
1.2.13	Spaßbad, Stadtschloss, Garnisonkirche	Siehe Antwort zu 3 und 4.		Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	
1.2.14	Auf städtische Gelder für die Erschließung des Landtagsgrundstücks in Stadtschlossform. Die Erschließung wird erheblich preiswerter, wenn man in anderer Form baut.	Siehe Antwort zu 3 und 4.		Ablehnung	Die Fraktion der SPD schlägt die <b>Ablehnung</b> vor. Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 3/2/3	

1.2.15	Auf städtische Zuschüsse zum Nachbau der Garnisonkirche. Die Zuschüsse werden zudem verschleiert, indem der Sanierungsträger sie leistet.	Die Finanzierung des Neubaus erfolgt weder aus dem Haushalt noch aus dem Treuhandvermögen des Sanierungsträgers.		SPD: Kenntnisnahme	Herr Schubert gibt der Verwaltung den Hinweis, hier ggf. eine Internetseite aufzubereiten, in der die offenen Fragen geklärt bzw. beantwortet werden.	
1.2.17	Förderung von Sportvereinen, die ausreichend finanzielle Mittel für Eigenfinanzierung haben, z.B. Tennisclub	Geförderte Potsdamer Sportvereine müssen gem. Satzung Gemeinnützigkeitskriterien erfüllen. Dazu gehört Nachweis der finanziellen Situation beim Finanzamt. Nicht gemeinnützige Vereine werden nicht durch die Stadt gefördert Im Ergebnis ist Vorschlag so nicht durchführbar.	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Herr Schubert erklärt im Namen der Fraktion <b>Ablehnung.</b> Diese wurde durch die Ausschussmitglieder wie folgt abgestimmt: 5/0/3	
1.2.18	Auf Monumentalbaustellen	Siehe Antwort unter 4.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		
1.2.19	Unterstützung von Kultureinrichtungen zur Garantie von billigen Eintrittskarten. Hier müssen Einkommensverhältnisse der Besucher berücksichtigt werden	Die Preisstruktur in den Kultureinrichtungen enthält in der Regel: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Staffelung in der Höhe der Eintrittspreise nach Kategorien</li> <li>- Ermäßigung für einkommensschwache Personen</li> </ul>	Ablehnung	SPD: Ablehnung  Kulturausschuss Zustimmung mit Begründung siehe Votum Verwaltung	Herr Schubert erklärt im Namen der Fraktion <b>Ablehnung.</b> Diese wurde von den Ausschussmitgliedern wie folgt abgestimmt: 5/0/3	

1.2.20	Massenkonsum und Kaufhallenanhäufung	Grundsätzlich richtet sich die Zulässigkeit von Einzelhandel (einschl. Kaufhallen und sogen. Discounter) im Einzelfall nach den planungsrechtlichen Regelungen des Baugesetzbuchs, das unterschiedliche Regelungen je nach Gebietstypus trifft. Die städtebauliche Steuerung derartiger Einzelhandelseinrichtungen aufgrund gewerblicher Konkurrenzsituationen von Einzelhandel ist im Übrigen nur auf der Grundlage von durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen, festgesetzten Bebauungsplänen (verbindliche Bauleitplanung) im Einzelfall möglich.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		
--------	--------------------------------------	--	-----------	-----------------------	--	--

## 2. Bürgerversammlung 11. November 2005

### 2.1 Vorschläge aus den Foren

#### Forum 1 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr.	Vorschlag	Votum			
		Verwaltung		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06
2.1.1.1	(Ortsteile) <b>oft Busse ohne Fahrgast</b> (Angemerkt wurde, dass in den neuen Ortsteilen oft Busse ohne Fahrgast fahren)	Gegenwärtig erfolgt die Prüfung des Angebotes von alternativen Bedienformen in Gebieten und zu Zeiten mit geringem Fahrgastaufkommen mit der Zielstellung der Umsetzung Mai 2006. Der Verwaltung wird die Verdichtung des ÖPNV-Angebotes angetragen.			
2.1.1.2	<b>Bürgerbus</b> (Statt Linienbussen sollten in fahrgastschwachen Gebieten und Zeiten Bürgerbusse eingesetzt werden)				
2.1.1.3	<b>Rufbus Sammeltaxi</b> (Statt Linienbussen sollten in fahrgastschwachen Gebieten und Zeiten eine Rufbus bzw. Sammeltaxi eingesetzt werden)				
		Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag	Durch derzeitiges /erwaltungshar deln erledigt.	

2.1.1.4	<b>0 – Tarif</b> ...über Nahverkehrsabgabe ...bringt Einsparungen woanders (Vorgeschlagen wurde die Einführung des Null-Tarifs, finanziert über eine Nahverkehrsabgabe. Dies würde auch zu Einsparungen beim ViP führen. Siehe auch die belgische Stadt Hasselt [s.u.]  (0 – Tarif) > siehe Vorbild Hasselt	Diesbezügliche Anträge gab es seit 1995 in unterschiedlichen Zeitabständen an die StVV. Die jeweiligen Prüfungen haben eine Weiterverfolgung ausgeschlossen. Gegenwärtig betragen die Erlöse aus Fahrausweisen 11 Mio. EUR.	Ablehnung	SPD: Ablehnung	<b>Ablehnung</b> mit 5/0/4	
2.1.1.5	<b>Alternative Energien ?</b> (Vorgeschlagen wurde, alternative Energien, wie Wasserstoff oder Erdgas, in den Fahrzeugen einzusetzen)	Bei Neubeschaffung erfolgt im Vorfeld grundsätzlich die Prüfung des wirtschaftlichsten Angebotes unter Bewertung umweltverträglicher Antriebsformen. Mit dem Pilotprojekt ist beabsichtigt, die Nutzung des Wasserstoffantriebs auf Umsetzbarkeit zu prüfen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Umsetzung durch Verwaltung, Prüfauftrag		
2.1.1.6	<b>Wasserstoff – Antriebe</b> Fördermittel für Pilotprojekt					
2.1.1.7	<b>Kooperation/Fusion mit Betrieben Umland</b> (z.B. mit Havelbus)	Die Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise HVL und PM sowie der Städte Brandenburg an der Havel und Potsdam beabsichtigen, sich von den StVVen und Kreistagen die Zustimmung zur Prüfung von Voraussetzungen und Effekten einer engeren Zusammenarbeit der in den Aufgabenträgergebieten tätigen Unternehmen sowie zu möglichen Änderungen vorhandener Unternehmensstrukturen einzuholen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag	Herr Exner weist auf den vorliegenden Beschluss hin. <b>Durch Verwaltungshandeln erledigt.</b>	
2.1.1.8	<b>Nachtverkehr wichtig</b>	Das ist für die Landeshauptstadt zu unterstreichen, jedoch ist auch hier ein wirtschaftlicheres Angebot erforderlich, was zur Zeit erarbeitet wird.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.1.9	<b>Straßenbahn Berliner Str. einstellen (?)</b>	Die Einstellung des Straßenbahnlinie steht nicht zur Diskussion, sie ist Teil des vorhandenen Straßenbahnnetzes. U.a. wird damit die Erreichbarkeit des Kultur- und Gewerbestandorts Schiffbauergasse ermöglicht.	Ablehnung	SPD: Ablehnung		



## Forum 2 Bibliotheken

Nr.	Vorschlag	Votum				
		Verwaltung		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06	Finanz- ausschuss 22.03.06
2.1.2.1	<b>Kein weiterer Personalabbau</b>	Im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größe hat der Bereich Stadtbibliothek noch ca. 30% mehr Personal. Das vorgelegte Bibliothekskonzept trägt dieser Tatsache Rechnung und sieht einen Personalabbau bis 2009 vor.	Ablehnung	SPD: Ablehnung  Kulturausschuss Ablehnung mit Begründung siehe Votum Verwaltung	Die Fraktion der SPD beantragt die <b>Ablehnung</b> . Diese wurde von den Ausschussmit- gliedern wie folgt abgestimmt: 6/3/0	
2.1.2.2	<b>Sicherung der Investitionen</b>	Im Haushaltsplanentwurf 2006 sind 150 T€ für die Erneuerung der Hard- und Software eingestellt; über ein Leasingmodell wird eine Selbstverbuchungsanlage finanziert.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
2.1.2.3	<b>Mehr Attraktivität (Mobiliar etc.)</b>	Sanierung und Umbau des Gebäudes der Hauptbibliothek sind dringend erforderlich und sollen auch ab 2007 in Angriff genommen werden.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
2.1.2.4	<b>Keine Bibliotheksschliessungen</b>	Die Zweigbibliotheken Waldstadt, Stern und Schulbibliothek Babelsberg sollen erhalten bleiben. Die Schließung der Bibliothek im Kirchsteigfeld ist aufgrund der geringen Nutzungszahlen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sinnvoll.	Ablehnung	SPD: Ablehnung  Kulturausschuss Zustimmung mit Begründung siehe Votum	Die Fraktion der SPD beantragt <b>Ablehnung</b> . Diese wurde von den Ausschuss- mitgliedern	

				Verwaltung	wie folgt abgestimmt: 6/3/0	
2.1.2.5	<b>Ehrenamt ist kein Ersatz (zusammen mit Punkt 2.8)</b>	Es ist geplant, <b>neben</b> den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen auch ehrenamtlich Tätige in den Stadtteilbibliotheken einzusetzen. Diese sind nicht als Ersatz, sondern als Unterstützung vor Ort gedacht.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Ablehnung mit Begründung siehe Votum Verwaltung		
2.1.2.6	<b>Belebung durch Vereine etc.</b>	Die SLB hat zahlreiche Kooperationspartner. Veranstaltungen und Ausstellungen werden vielfach gemeinsam geplant und durchgeführt.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
2.1.2.7	<b>Kompetente Beratung</b>	Diese bleibt auch weiterhin ein Schwerpunkt der Bibliotheksarbeit in Potsdam.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
2.1.2.8	<b>Personalersatz</b>	s.a. 2.5; Routinearbeiten und Arbeiten hinter den Kulissen sollen mit Hilfe von Technik vereinfacht werden, damit trotz Personalreduzierungen entscheidende Dienstleistungen, die nicht durch Technik zu übernehmen sind, erhalten bleiben: Kompetente Beratung, Aktivitäten zur Leseförderung	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
2.1.2.9	<b>Bibliothek als soziales Netz</b>	Dem wird mit dem Erhalt des Bibliothekssystems mit 3 Zweigbibliotheken und dem Schwerpunkt auf Veranstaltungsarbeit für Kinder- und Jugendliche Rechnung getragen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		

2.1.2.10	<b>Partnerschaften</b>	s.a. 2.6	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme Kulturausschuss: Umsetzung durch Verwaltung		
----------	------------------------	----------	----------------------------------	---	--	--

### Forum 3 Ordnung und Sicherheit

Nr.	Vorschlag	Votum				
		Verwaltung		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06	Finanz- ausschuss 22.03.06
2.1.3.1	<p><b>Sperrmüllplätze sollten ausgewählt und gekennzeichnet werden</b> (Kritisiert wurde, dass oft das Stadtbild verschandelt wird durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Standorte der Container fürs Müllrecycling, weil oft Müll neben den Containern abgelagert wird.</li> <li>- bei der STEP angemeldete Sperrmüllablagerungen, die zu offensichtlich sind und weitere Leute zum Müllabladen einladen. Hier sollten weniger auffällige Standorte gewählt werden.)</li> </ul>	<p>Laut Abfallsatzung dürfen Abfälle frühestens ab 18.00 Uhr des Vortages der Abholung auf der Strasse bereitgestellt werden. Die beklagte "Verschandelung" des Stadtbildes entsteht überwiegend dadurch, dass einige Bürger sich an diese Regelung nicht halten, bzw. die Abholung bei der STEP nicht anmelden.</p> <p>Eine Änderung der derzeitigen Regelung würde an dieser Situation nichts ändern, sondern die Anonymisierung der Ablagerungen noch erhöhen und damit die Situation verschlimmern. Abhilfe könnte hierbei aber bürgerliches Engagement und Zivilcourage (ein klares Wort von Nachbar zu Nachbar) schaffen. Eine Änderung der Satzung erscheint daher nicht zielführend.</p>	Ablehnung	SPD: Ablehnung		
2.1.3.2	<p><b>Bürgerbeauftragter Verkehrssicherheit</b> (Gefordert wurde ein öffentlich bekannter Ansprechpartner in der Verwaltung, der Hinweise der Bevölkerung auf konkrete Gefahrenpunkte im städtischen Verkehr registriert, prüft und die Bürger über das Ergebnis informiert)</p>	<p>Verkehrstisch, wöchentliche Sperrkommission, Verkehrsunfallkommission, B-Pläne finden immer mit Trägern öffentlicher Belange statt (ADFC, Verkehrswacht, Polizei, Straßenverkehrsbehörde etc.) Ansprechpartner ist hier die Straßenverkehrsbehörde.</p>	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		

2.1.3.3	<b>Trauungsorte freigeben</b> (Angeregt wurde, Trauungen auch abseits der drei regulären Standorte durchzuführen bzw. zu erlauben)	Hierbei sind die Vorgaben des Personenstandsgesetz bzw. VO zu beachten. Eventuell ist eine Nachfrageermittlung nötig. Ein Trauungsort muss gewidmet werden. Die Logistik der Standesbeamten bei mehreren Trauungsorten ist schwer organisierbar.	Ablehnung	SPD: Ablehnung		
2.1.3.4	<b>Neubewilligung nur bei Veränderung</b> (Vorgeschlagen wurde, neue Anträge – etwa für Wohngeld – nur dann stellen zu müssen, wenn sich an der persönlichen Situation des Bürgers etwas verändert hat, statt jährlich eine Neubewilligung einholen zu müssen.)	Leider nicht umsetzbar, da durch den Gesetzgeber eine Befristung der Bescheidräume vorgegeben ist. Der Leistungsträger entscheidet aufgrund objektiver Unterlagen, ob es Veränderungen gab bzw. gibt.	Ablehnung	SPD: Ablehnung		
2.1.3.5	<b>Sauberkeit vor der eigenen Haustür</b> (Gefordert wurde mehr Eigenengagement der Bürger, den Dreck vor der eigenen Haustür auch mal selber wegzuräumen)	Wird durch die Verwaltung unterstützt und regelmäßig, z.B. auch in einer Bürgerversammlung kommuniziert.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.3.6	<b>Beseitigung von Hundekot</b> (Hundebesitzer sollen den Kot ihrer Hunde selber wegräumen bzw. stärker zur Rechenschaft gezogen werden, wenn das nicht passiert)	Wird durch die Verwaltung unterstützt (siehe auch Aufstellung von Hundetoiletten), muss aber von Bürgern untereinander mehr wahrgenommen werden. Feststellung meist schwierig.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.3.7	<b>Eigenverantwortliches Beseitigen von Graffiti</b> (Gefordert wurde von Hausbesitzern, etwaige Graffiti an ihren Wänden umgehend selber zu reinigen oder reinigen zu lassen, da bestehende	Wird durch die Verwaltung unterstützt, jedoch auch hier ist ev. Bürgerengagement erforderlich zur Verhinderung von Graffiti. Ordnungsbehördliches Eingreifen in Eigentum ist nicht möglich. Durch das Projekt „Efeu“ wird hier durch die Verwaltung ein Schwerpunkt gesetzt.	Prüfauftrag	SPD: Kenntnisnahme		

	Graffiti neue Graffiti provozieren oder herausfordern würden.)				
2.1.3.8	<b>Ein-Euro-Jobs für zusätzliche Papierkorbleerung sinnvoll ?</b> (Ein Vorschlag zusätzliche 1-Euro-Jobber für die Mülleimerleerung einzusetzen, da gerade die kleinen, nach oben offenen Müllbehälter ständig überquellen oder der Dreck aus den Eimern von Vögeln verteilt wird, so dass das Umfeld der Mülleimer oft ein vermülltes Bild abgibt.)	Zieht Organisation v. Fahrzeugen, Entsorgung und Logistik nach sich. 1 EURO Jobs werden ausschließlich für zusätzliche Aufgaben, mit denen unmittelbar keine Arbeitsplätze verbunden sind, eingesetzt. Bezüglich der Papierkorbleerung erging ein Auftrag an die STEP-GmbH. Ferner erfolgt sukzessive die Neubeschaffung von „krähensicheren“ Abfallbehältern sowie von Unterflurbehältern für den Innenstadtbereich.	Ablehnung	SPD: Prüfauftrag	
2.1.3.9	<b>Ehrenamtlichenmanagement</b> (Vorgeschlagen wurde, das Ehrenamtlichenmanagement seitens der Stadt auszubauen und zu verstärken. Das betrifft sowohl die Koordinierung als auch die Anerkennung des Engagements.)	Wird durch die Verwaltung unterstützt, so z.B. auch durch den Tag des Ehrenamtes.	Prüfauftrag	SPD: Prüfauftrag	Herr Kaminski <b>bittet</b> im Namen der Fraktion Die Linke.PDS <b>um Aufnahme der Position.</b> Herr <b>Schubert bittet um Aufnahme als Prüfauftrag.</b> Der Antrag der Fraktion Die Linke.PDS wurde mit <b>3/5/1 abgelehnt.</b>

2.1.3.10	<b>Größere Transparenz bei Gebühren</b> (Gefordert wurde, die Transparenz darüber, für welche Aufgabe in welcher Höhe die Gebühr des Bürgers verwendet wird, zu erhöhen.)	Den Gebühren ist eine konkrete Leistung gegenübergestellt. In den Vorlagen und Gebührenbescheiden sollte dies eigentlich deutlich werden. Die Gebührenordnung liegen in der Verwaltung aus, sind außerdem Bestandteil der jeweiligen Beschlüsse.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		
2.1.3.11	<b>Weiterer Ausbau der Technik Online – Verfahren</b> (Vorgeschlagen wurde, die Möglichkeiten des Internets und des E-Governments innerhalb der Stadtverwaltung noch stärker zu nutzen und als Informations- und Kontaktforum für die Bürger auszubauen.)	Als Informationsforum steht im Internet das ALLRIS-Net mit den Beschlüssen der StVV, Ausschüsse und der Ortsbeiräte zur Verfügung. Das Bauantragsverfahren kann auf der Internetseite der LHP mit Hilfe von ProBauG abgewickelt werden. Der Ausbau der KfZ-Anmeldung, KfZ-Wunschkennzeichen und KfZ-Ummeldung ist vorgesehen. Die Verwaltung wünscht sich einen weiteren Ausbau, dieses scheitert jedoch an den Möglichkeiten der Investition durch den Vermögenshaushalt.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		
2.1.3.12	<b>Bürgermitbestimmung bei kommunalen Gebühren</b> (Vorgeschlagen wurde, die Bürger an der Entscheidung über die Höhe der Gebühren und Entgelte in der Stadt mitentscheiden zu lassen, ohne gleichzeitig die Gesamthöhe der Einnahmen aller Gebühren und Entgelte, die von der Stadt erwirtschaftet werden muss, in Frage zu stellen.)	Grundlage der Berechnung von Gebühren ist das KAG. Die Höhe der Gebühren ist entweder festgesetzt oder wird im Rahmen von Kalkulationen durch die Verwaltung errechnet. Die Berechnungen sind jeder Vorlage (z.B. Straßenreinigungsgebührensatzung) beigelegt. Eingeschränkte Möglichkeiten (Kostendeckung) Im Rahmen der Ist-Kosten (z.B. Straßenreinigung) erfolgt dann eine Nachberechnung.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.3.13	<b>Verknüpfung Bereiche</b> (Vorgeschlagen wurde, durch eine engere Verknüpfung der Bereiche in der Stadtverwaltung zusätzliche Synergieeffekte			SPD: Kenntnisnahme		

	zu erzielen.)					
2.1.3.14	<b>Teilprivatisierung von nicht hoheitlichen Aufgaben (Außendienst)</b> (Vorgeschlagen wurde, durch eine Teilprivatisierung von nicht hoheitlichen Aufgaben aus dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung – etwa des Außendienstes – langfristig Ausgaben zu reduzieren.)	Im Außendienst werden nur hoheitliche Aufgaben wahrgenommen.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.3.15	<b>Kostenpflichtige Winterdienste, Reinigungsdienste zur Auslastung von Maschinen ?</b> (Vorgeschlagen wurde, dass sich die Step, neben ihren regulären Reinigungspflichten, vermehrt um private Aufträge bemüht, um ihre Maschinen besser auszulasten und die Einnahmen zu erhöhen.)	STEP bietet dies bereits an.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.3.16	<b>Mehr Internetnutzung für Bürgerservice</b> (Vorgeschlagen wurde, die Leistungen des Bürgerservice stärker über das Internet wahrnehmen zu können.)	Bisher nur eingeschränkt möglich, da oft eine rechtsverbindliche Unterschrift notwendig ist. Die rechtlichen und technischen Grundlagen für die digitale Unterschrift müssen vom Gesetzgeber noch geschaffen werden. Das E-Government-Projekt läuft verwaltungsweit.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag		
2.1.3.17	<b>Bürgerverantwortung stärken</b> (Gefordert wurde, dass die Bürger insgesamt mehr Eigenverantwortung beweisen und nicht wegen	Wird durch die Verwaltung unterstützt. Hier sei nochmals des Mit- und Untereinander der Bürger angesprochen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme , Prüfauftrag		



	jeder Kleinigkeit die Dienste der Stadt in Anspruch nehmen (z.B. müsste wegen einem kleinen Ast auf der Strasse nicht gleich die Feuerwehr gerufen werden)					
--	--	--	--	--	--	--

## Forum 4 Straßen, Radwege, Parken

Nr.	Vorschlag	Votum		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06	Finanz- ausschuss 22.03.06
		Verwaltung				
2.1.4.1	<b>Transparenz schaffen</b> (in Bezug auf den Aufbau der Garnison-Kirche)	<p>Das Grundstück der ehemaligen Garnisonkirche liegt im 1999 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“. Mit dem Beschluss zur Änderung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ wurden die Sanierungsziele im westlichen Teil des Sanierungsgebietes konkretisiert worden.</p> <p>Mit der frühzeitigen Bürgerbeteiligung im September 2004 und der öffentlichen Auslegung im weiteren Bebauungsplanverfahren wird die Transparenz u.a. im Hinblick auf die städtischen Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiederherstellung der Plantage und</li> <li>- Freilegung der Grundstücke, die durch Dritte bebaut werden (Langer Stall, Garnisonkirche)</li> </ul> <p>so gewährleistet, wie es das Baugesetzbuch vorsieht.</p> <p>Der Neubau der Kirche als Versöhnungszentrum ist keine Aufgabe der Stadt.</p> <p>Die Initiative zum Neubau der Kirche als Versöhnungszentrum wird vom Förderverein und von der Fördergesellschaft getragen, die durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in der Presse, durch die Ausstellung (Neueröffnung im Januar 2006) und durch einen umfassenden Internetauftritt unter <a href="http://www.garnisonkirche-potsdam.de">www.garnisonkirche-potsdam.de</a> für eine hohes Maß an Transparenz Sorge tragen.</p>	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme → öffentliche Information im Internet		
2.1.4.2	<b>Mischkalkulation Grundstückskauf?</b> (in Bezug auf den Aufbau der Garnison-Kirche)	Der Wert für 900 qm Grundstück der Garnisonkirche ist bereits in der gutachterlichen Wertermittlung abgezogen. Außerdem liegt der ausgehandelte Kaufpreis 880 TEUR unter dem Gutachterwert.		SPD: Kenntnisnahme		
2.1.4.3	<b>Sanierungsträgermittel oder Fördermittel?</b>	Der Neubau der Garnisonkirche wird weder aus Fördermitteln noch aus sonstigen Einnahmen des		SPD: Kenntnisnahme		

	(in Bezug auf den Aufbau der Garnison-Kirche)	Sanierungsverfahrens („Sanierungsträgermittel“) finanziert.				
2.1.4.4	<b>Hans-Thoma-Str. Anliegerstraße</b> (Vorgeschlagen wurde, den Zweirichtungsverkehr in der Behlerstraße zu belassen und die Hans-Thoma-Straße entsprechend als Anliegerstraße abzustufen)	Die Bundesstraßenführungsänderung ist ohne Prüfung der Auswirkungen der Verkehrsverlagerung nicht möglich. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Nuthestr. werden Vorplanungen im Einmündungsbereich Behlerstr./Berliner Str. bis zum III. Quartal 2006 vorgestellt.	Ablehnung	SPD: Prüfauftrag		
2.1.4.5	<b>Konsequenzen aus tödlichen Rad – Unfällen ? &gt; Zwei – Richtungen – Radwege?</b> (In Bezug auf einen Radunfall in der Wetzlarer Straße wurde nach der Sinnhaftigkeit von Zweirichtungsradwegen gefragt)	Zweirichtungsradwege entstehen durch bauliche Beschränkungen oder den entsprechenden Nutzungsbedarf. Bundesweite Regelvorschriften lassen die verkehrsrechtl. Anordnung unter Beachtung der baulichen Voraussetzungen zu. Bei tödlichen Unfällen werden die Belange der Verkehrssicherheit und Anordnung überprüft.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.4.6	<b>Vermeidung von privatem Kfz – Verkehr &gt; Verschleißvermeidung</b> (Verlangt wird nach höherer Priorität für die Belange des Fahrradverkehrs hier: geringerer Verschleiß von Straßenoberflächen)	Die Nutzung des Individualverkehrs richtet sich nach dem Bequemlichkeitsgrad, den Alternativen u. Kostenfolgen. Die Anordnung von Radverkehrsanlagen (Radwege, Radabstellanlagen) wird innerhalb der SVP bei allen Neu- u. Ausbauprojekten von Straßen ausreichen berücksichtigt. Zusätzlich werden Radrouten als touristische Angebote ausgewiesen u. ergänzt. Vorhandene noch nicht ausgebaute Straßen flächendeckend mit zusätzlichen Radwegangeboten auszustatten, ist aus baulichen u. wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.	Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme		
2.1.4.7	<b>Einsparung: Stadtschloß – Verkehrsplanung ändern (x Mio. Euro)</b> (Vorgeschlagen wurde die Begrenzung der Umverlegung des Straßenverkehrs im Bereich Breite Straße/Friedrich-Ebert-Straße. Ca. 10 Mio.	Einsparung bedeutet: Verzicht auf Wiederaufbau des kriegs- und nachkriegszerstörten Stadtzentrums; Einsparung von 10 Mio. nicht möglich, da davon ca. 90 % aus Mitteln der EU, des Bundes, des Landes und von Privaten stammen.	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Herr Kaminski <b>beantragt</b> im Namen der Fraktion Die Linke. PDS die <b>Aufnahme der Position.</b> Abstimmung	

	EUR könnten gespart werden, wenn das geplante Schloss verkleinert und die Umverlegung nicht notwendig wird.)					für <b>Aufnahme:</b> <b>3/6/0</b> <b>Abstimmung</b> <b>f. Ablehnung:</b> <b>6/3/0</b>	
2.1.4.8	<b>Ausreichend Fahrradstellplätze &gt; Hbf; Charlottenhof</b> (Verlangt wird nach höherer Priorität für die Belange des Fahrradverkehrs)	Wird in den Maßnahmen- und Aufgabenkatalog des FB 47 für 2006 aufgenommen.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag			
2.1.4.9	<b>Kritische Prüfung von Ausbau – Straßenbreite etc.</b> (Verlangt wird nach höherer Priorität für die Belange des Fahrradverkehrs hier: Überprüfung der Vorgaben für die jeweiligen Straßenquerschnitte)	s. h. Beantwortung Pkt. 4.6	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme			
2.1.4.10	<b>Asphalt &gt; historisches Pflaster</b> (Besonders in Potsdam-West haben Radfahrer erhebliche Mühe Stürze wegen des Kopfsteinpflasters zu vermeiden)	Die Nutzung historischer Pflasterbeläge von Radfahrern und mobilitätsein-geschränkten Personen stellt tatsächliche Nutzungseinbußen dar. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wird u.a. diese Problematik bis zum IV. Quartal 2006 erörtert. Lösungsmöglichkeiten werden vorbereitet.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag			
2.1.4.11	<b>Leitbild fahrradfreundliche Stadt</b> (Verlangt wird nach höherer Priorität für die Belange des Fahrradverkehrs)	Durch die AG Radverkehr, in der verschiedene Verwaltungsbereiche u. gesellschaftliche Organisationen tätig werden, wird daran gearbeitet, praxisgerechte Bauweisen zu fördern und durch Erweiterung des Radwegnetzes die Akzeptanz zu erhöhen. Im Rahmen der begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sind dem jedoch Grenzen gesetzt.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Prüfauftrag			

2.1.4.12	<b>Radwege erweitern – einfacher aufwändig</b> (Verlangt wird nach höherer Priorität für die Belange des Fahrradverkehrs)	sh. Beantwortung Pkt. 4.6	Umsetzung durch Verwaltung			
2.1.4.13	<b>Fließt städtisches Geld in Grundstück Garnisonkirche ?</b>	900 qm des Garnisonkirchengrundstücks erhält die Stadt oder die spätere Baugesellschaft kostenlos. Der darüber hinausgehende Grundstücksteil ist Bestandteil des Grundstücks, dass für die Wiederherstellung der Plantage und die Neubebauung des Grundstücks Langer Stall erworben werden soll. Der Preis dafür liegt sogar unter dem vom Gutachter ermittelten Wert. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Treuhandvermögens „Potsdamer Mitte“, dass aus Grundstücksverkäufen, Ausgleichsbeträgen und Fördermitteln. Soweit Fördermittel verwendet werden müssen, ist die Stadt daran mit 20 % beteiligt. 80 % bezahlen Bund und Land aus einem Förderprogramm, dass der Wiederherstellung der historischen Stadträume in den neuen Bundesländern dient.		SPD: Kenntnisnahme		

## 2.2 Vorschläge aus den Feedbackbögen

Nr.	Vorschlag	Votum		Fachaus- schuss/ Fraktion	Finanz- ausschuss 18.01.06	Finanz- ausschuss 22.03.06
		Verwaltung				
2.2.1	Null-Tarif im ÖPNV kostet 11 Mio. (laut Herrn Exner), könnte eventuell beim Straßenbau eingespart werden, siehe belgische Stadt Hasselt, die gut und kostenlos damit fährt.	Siehe unter 1.4		Ablehnung	SPD: Kenntnisnahme , Prüfauftrag	
2.2.2	Für die Überlegungen zum Nulltarif im ÖPNV sollten die in Hasselt (Belgien) gemachten Erfahrungen untersucht werden.					
2.2.3	Statt neu Wohngebäude in der Stadt zu errichten, was für die Verdichtung natürlich gut ist, sollten die Wohnungsbauunternehmen von der Stadtverwaltung dazu animiert werden, bestehende nichtgenutzte Gebäude im Bestand zu revitalisieren, wieder benutzbar gemacht werden.	Neubau und Leerstands-beseitigung sind keine Widersprüche. Potsdam benötigt für neue Bürger auch neue Wohnungsangebote und hat durch die Arbeit der Wohnungsunternehmen die geringste Leerstandquote in Großwohnsiedlungen.			SPD: Kenntnisnahme	
2.2.4	Wo hat denn die Stadt wirklich finanzielle Spielräume, die nicht durch Fremdmittel bestimmt sind?	Im Haushaltsplanentwurf 2006 Vermögenshaushalt sind z.B. von den 85 Mio. EUR Gesamteinnahmenvolumen lediglich ca. 25 Mio. EUR Einnahmen der Stadt, die nicht von vorn herein an spezielle Ausgaben gebunden sind. Um die bereits laufenden Vorhaben weiterführen und notwendige Fördermittel für neue Baumaßnahmen erhalten zu können, den Verkehrssicherungspflichten nachkommen			SPD: Kenntnisnahme	

		zu können u.v.a.m. ist der Einsatz dieser Mittel aber wiederum notwendig. Der Spielraum der Verwaltung besteht darin, die wenigen finanziellen Mittel für die richtige Maßnahmen einsetzen zu können.				
2.2.5	Verstärkt für Bildungsangebote in den Vorstädten sorgen, um Aggression und Gewalt bei Jugendlichen zu verhindern.	Nutzung der Möglichkeiten im Rahmen von Ganztagschulen Bildungsangebote für Bedürfnisse im Wohngebiet (z.B. im Haus SternZeichen); Erweiterung der Angebote im Jugendbereich ist nicht möglich, aber ein verbesserter und effizienterer Einsatz der Mittel wird angestrebt.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme		
2.2.6	Es sollte nicht Bibliotheksabbau und Personalabbau geplant werden, sondern angesichts PISA-Studie noch neue Bibliotheken (z.B. in Schulen) geplant werden, um Bildungsnotstand u. wachsende Gewalt zu stoppen	Medienräume/Bibliotheken sind Bestandteil von Ganztagschulkonzepten ( Schule 4 und 22)	grds. Ablehnung/Umsetzung durch Verwaltung im Rahmen von Ganztagschulkonzepten	SPD: Kenntnisnahme  Kulturausschuss Zustimmung mit Hinweis auf Ganztagskonzepten in Schulen		
2.2.7	Die Transparenz zu langfristigen Planungen und Beteiligungen sind zu erhöhen. Vor 4 Jahren wurde die Planung zur ISES zur Diskussion gestellt mit dem Ziel in 5 Jahren erneut darüber zu informieren (2006)	Die Informationen der Verwaltungen zu Ausbauabsichten und Gestaltungen gegenüber den politischen Gremien, der Öffentlichkeit und dem Anlieger wurden in den letzten Jahren für priorisierte Baumaßnahmen erhöht. Dazu zählen auch reine Planungsabsichten. Weiterhin werden mit Fortschreibung des VEP (Verkehrsentwicklungsplan) auch ein geändertes Nutzungsverhalten und wirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt. Der unmittelbaren Fortführung der ISES unter Beachtung der Umgestaltung der Potsdamer Mitte und dem bautechnisch notwendigen Ausbau der Nuthestraße L 40 fehlt es aus wirtschaftlichen Gründen an Priorität. Diese ist nach Abschluss der Umgestaltungsmaßnahmen an der Nuthestraße möglich.	Umsetzung durch Verwaltung	SPD: Kenntnisnahme → Information		
2.2.8	Um bei Straßenbauten Investitionen einzusparen sollte schon heute die Kreuzung L40/Berliner Str. als Überführung statt als Untertunnelung der Berliner	Die Umgestaltung des Knotens Berliner Straße, Behlertstraße, Nuthestraße ist Planungsgegenstand des FB 47 und wird mit einer Vorplanung im III. Quartal 2006 vorgestellt. Eine Überquerung der Berliner Straße mit der Nuthestraße mittels Brücke wurde bisher nicht vertieft behandelt, da entsprechende Entwicklungsflächen fehlen	Ablehnung	SPD: Ablehnung	Herr Schubert <b>beantragt</b> im Namen der Fraktion der SPD, diesen Punkt	

	Str. untersucht werden, womöglich als ein modernes, attraktives „Berliner Tor“.	und stadträumliche Gründe dagegen sprechen. Bei den Vorplanungen wird aber die Vorzugsvariante angestrebt, die bei den geringsten Kosten die maximale Durchlassfähigkeit im Knoten garantiert.			<b>abzulehnen.</b> Die Ausschusmitglieder <b>stimmen der Ablehnung mit 6/1/2 zu.</b>	
--	---	--	--	--	---	--